

31. Oktober 2003
Die Presse

Transitstreit: Freie Fahrt durch Österreich

Von unserem Korrespondenten ANDREAS SCHNAUDER

Die Einigung der EU-Staaten zum Transit wird eine Steigerung um 50 Prozent bringen.

BRÜSSEL. Die Niederlage war zwar absehbar, dass sie aus Sicht der österreichischen Regierung so schmerzhaft ausfallen wird, ist aber doch eine Überraschung. Die EU-Staaten haben im Transitstreit gegen die Stimmen Österreichs eine neue Position beschlossen, die das mit Jahresende auslaufende Ökopunkte-Regime in ein „teures Lkw-Zählsystem“ verwandelt, wie es Verkehrsminister Hubert Gorbach (FP) formulierte. Laut Berechnungen des Verkehrsministeriums würde die Regelung bis 2006 eine Liberalisierung von rund zwei Dritteln des gesamten Transitverkehrs durch Österreich bewirken.

Anders ausgedrückt: Die Lkw-Fahrten durch das Land steigen von derzeit 1,7 Millionen auf „weit über 2,5 Millionen“, wie ein Experte erläuterte. Gorbach versuchte am Donnerstag gar nicht, das auf Betreiben der italienischen Ratspräsidentschaft vorliegende Ergebnis schön zu reden: Für ihn bedeutet das „bereits ab 2004 nahezu freie Fahrt durch Österreich“, wie er in einer Aussendung meinte.

Nun wird in Wien sowie in einigen Landeshauptstädten heftig über Notprogramme nachgedacht, die doch noch wirksame Transitbeschränkungen bewirken könnten. Gorbach hat erst am Dienstag schärfere Kontrollen von Lastkraftwagen als Möglichkeit angeführt, die effektiver seien als jegliches Ökopunktesystem. Die Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs wurde vom Verkehrsminister nun in Auftrag gegeben. Präzisieren wollte er diesen Ansatz aus Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen aber nicht. Die Tiroler Landesregierung denkt - wie berichtet - laut über eine Kontingentierung der Fahrten auf der Europabrücke nach und bringt dafür „Sicherheitsgründe“ ins Spiel. Notfalls könnte man sogar zu einer Komplettsperre greifen, hatte Landeshauptmann Herwig Van Staa in der „Presse“ gemeint. Sein Salzburger Amtskollege Franz Schausberger lässt nach dem Beschluss auf EU-Ebene „alle rechtlichen Schritte“ prüfen und nannte konkret Straßenblockaden, Nachtfahr- und sektorales Fahrverbot (für den Transport gewisser Güter) als mögliche Aktionen.

Mit dem Beschluss des Transitvertrags durch die Mitgliedsstaaten ist das Thema noch keineswegs abgehakt, vielmehr droht eine weitere Verschlechterung im Zuge der Verhandlungen mit dem Europaparlament. Der Rat hat nämlich nur für einen Teil der umweltschonenden Lkw der Klasse Euro 3 Ökopunkte-Freiheit gewährt, das Abgeordnetenhaus tritt für die Liberalisierung der gesamten Kategorie ein. Einziges Entgegenkommen beider Institutionen ist, dass die „Stinker“ (Klasse 0 und 1) verboten werden. Diese machen aber lediglich rund zwei Prozent der Fahrten aus.

Zudem gilt der Transitvertrag laut Position der Mitgliedsstaaten für ganz Österreich, das Parlament will Reglementierungen dagegen nur auf den drei Haupttransitstrecken Brenner, Tauern und Pyhrn zulassen. Eine Einigung zwischen den EU-Staaten und dem Parlament könnte in der Sitzung des Vermittlungsausschusses am 11. November erfolgen.

„Von jetzt an kann es nur noch schlechter werden, uns erwarten nur noch kosmetische Lösungen“, sagte Gorbach, der aber weiter „bis zur letzten Sekunde kämpfen“ will. Der

Verkehrsminister sei besonders zornig, hieß es aus seiner Umgebung, weil die Partnerländer offenbar Scheinverhandlungen geführt hätten. Österreich trachtete in den letzten Wochen, mit den Schlüsseländern in der Transitfrage Italien, Deutschland und den Niederlanden einen Kompromiss herbeizuführen. Dazu traf sich Gorbach mit seinen Amtskollegen. Oft schickten diese nur ihre Vertreter. Und die seien nie ernsthaft auf Österreichs Vorschläge eingegangen.

Die Grünen forderten nationale Maßnahmen zur Lkw-Beschränkung. Der SP-Europaabgeordnete Hannes Swoboda kritisierte die Passivität von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, der Gorbach „im Regen stehen ließ“.

Link zum Online-Artikel:

<http://www.diepresse.com/Artikel.aspx?channel=e&ressort=eo&id=385820>